

## **Geschäftsbericht des BFH – 2019 zu erwartende Entscheidungen**

In seiner Entscheidungsvorschau weist der BFH u.a. auf folgende Verfahren von besonderer Bedeutung hin, in denen voraussichtlich im Jahr 2019 mit einer Entscheidung gerechnet werden kann:

### **EINKOMMENSTEUER**

#### **1. Gewinnermittlung**

##### **Rückstellung für Aufbewahrung von Mandantenunterlagen (XI R 42/17):**

Kann für die Kosten der zehnjährigen Aufbewahrung von Mandantendaten im DATEV-Rechenzentrum eine gewinnmindernde Rückstellung gebildet werden?

#### **2. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit**

##### **Verwarnungsgelder wegen Falschparkens als Arbeitslohn (VI R 1/17):**

Führt die durch einen Paketzustelldienst geleistete Zahlung der gegenüber ihm als Halter der Fahrzeuge festgesetzten Verwarnungsgelder wegen Falschparkens seiner Arbeitnehmer bei der Zustellung der Pakete bei diesen zu Arbeitslohn?

**Unterkunftskosten bei doppelter Haushaltsführung (VI R 18/17):** Gehören Aufwendungen für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Hausrat im Rahmen einer beruflich veranlassten doppelten Haushaltsführung zu den auf 1.000 € monatlich begrenzten Unterkunftskosten i.S.d. § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 Satz 4 EStG?

**Reisekosten Begriff des Frühstücks (VI R 36/17):** Wird den Arbeitnehmern mit der unentgeltlichen Gestellung von unbelegten Brötchen (Laugen-, Käse-, Rosinen-, Schoko- und Roggenbrötchen etc.) und Heißgetränken in den Vormittagsstunden durch den Arbeitgeber ein Frühstück i.S.d. § 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SvEV zugewendet und liegt somit ein lohnsteuerpflichtiger Sachbezug gem. § 8 Abs. 2 Satz 6 EStG vor, der nicht unter die Freigrenze des § 8 Abs. 2 Satz 9 EStG fällt?

##### **Erste Tätigkeitsstätte (VI R 36/16, VI R 6/17, VI R 12/17, VI R 17/17 und VI R 27/17):**

1. Ist bei einem Gesamthafenarbeiter, der nach arbeitstäglichem Zuteilung durch den Gesamthafenbetrieb (Arbeitgeber?) in dem Hafengebiet des jeweils zugeteilten Hafeneinzelbetriebs im Bereich der Logistik tätig ist, das Hafengebiet als Ganzes ein weiträumiges Tätigkeitsgebiet, oder liegen ständig wechselnde Tätigkeitsstätten vor?
2. Unter welchen Voraussetzungen kann bei befristeten Leiharbeitsverhältnissen die betriebliche Einrichtung des Entleihers die erste Tätigkeitsstätte des Leiharbeitnehmers sein?
3. Ist ein Flughafengelände, auf dem ein Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber (mit dem Flughafenbetreiber verbundenes Unternehmen) an täglich wechselnden Kontrollstellen zur Durchführung von Sicherheitskontrollen eingesetzt wird, eine erste Tätigkeitsstätte i.S.d. § 9 Abs. 4 EStG?
4. Ist der Stationierungs- oder Heimatflughafen, der einem Flugzeugführer bzw. einer Flugbegleiterin vom Arbeitgeber im Arbeitsvertrag unbefristet zugewiesen wird und an dem diese ihre Einsätze regelmäßig beginnen und beenden (einschließlich vor- und nachbereitender Tätigkeiten), erste Tätigkeitsstätte i.S.d. § 9 Abs. 4 EStG?
5. Welche Anforderungen sind an eine erste Tätigkeitsstätte i.S.d. § 9 Abs. 4 Satz 1 bis 3 EStG zu stellen (hier: Polizeibeamter, der grundsätzlich arbeitstäglich seine Dienststelle anfährt, aber den Großteil seiner Zeit im Einsatzwagen Streife fährt)?

#### **3. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung**

##### **Finanzierungskosten als vorweggenommene Werbungskosten bei Vorbehaltsnießbrauch (IX R 20/17):**

Sind die für den Erwerb eines weiteren 50%igen Anteils an einem Vermietungsobjekt, das mit einem lebenslänglichen Nießbrauch belastet ist, um dadurch das Alleineigentum zu begründen, anfallenden Finanzierungskosten als vorweggenommene Werbungskosten im Hinblick auf die nach Ablauf des Nießbrauchs vom Steuerpflichtigen voraussichtlich zu erzielenden Einkünfte anzusetzen?

#### **4. Einkünfte aus Kapitalvermögen**

##### **Zinsvorteil bei unverzinslicher Kaufpreisstundung (VIII R 3/17):**

Ist im Fall einer teilentgeltlichen Grundstücksübertragung unter nahen Angehörigen im Privatvermögen gegen Kaufpreistraten in Bezug auf das gestundete (Teil-)Entgelt ein zu versteuernder Zinsvorteil anzusetzen?

##### **GmbH-Geschäftsführer als nahestehende Person (VIII R 5/17):**

Sind die Voraussetzungen des § 32d Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a EStG im Streitjahr 2014 erfüllt, wenn der alleinige Geschäftsführer einer GmbH (Stammkapital: 25.000 €) dieser ein Darlehen (126.200 €) zu marktunüblichen Konditionen (5,646 %) überlässt?

##### **Nachträgliche Antragstellung auf Günstigerprüfung (VIII R 6/17):**

Kann ein Antrag auf Günstigerprüfung nach § 32 d Abs. 6 Satz 1 EStG auch dann wirksam (nachträglich) gestellt werden, wenn die Voraussetzungen der Norm erst durch einen Änderungsbescheid erstmals geschaffen werden, und müssen insoweit die Voraussetzungen einer Änderungsvorschrift erfüllt sein?

#### **5. Sonderausgaben**

##### **Verlustabzug bei Kirchensteuererstattungsüberhang (IX R 34/17):**

Ist die in § 10 Abs. 4 b Satz 3 EStG angeordnete Hinzurechnung eines Kirchensteuererstattungsüberhangs auch dann vorzunehmen, wenn sich die frühere Kirchensteuerzahlung (aus der die streitgegenständliche Erstattung resultiert) nicht einkommensteuermindernd ausgewirkt hat? Ist das in § 10d Abs. 2 EStG verwendete Tatbestandsmerkmal „Gesamtbetrag der Einkünfte“ dahingehend auszulegen, dass auch der auf § 10 Abs. 4b Satz 3 EStG beruhende Hinzurechnungsbetrag zum Gesamtbetrag der Einkünfte den Verlustabzug erhöht?

##### **Rentenversicherungsbeiträge bei steuerfreiem Arbeitslohn (X R 23/17):**

In welchem Umfang können inländische Altersvorsorgeaufwendungen zur gesetzlichen Rentenversicherung, die in einem Zusammenhang mit ausländischen (hier: Schweizer) Einkünften stehen, die im Ausland versteuert werden und die zu einer nachgelagerten Besteuerung der Rente im Inland führen, als beschränkt abziehbare Sonderausgaben abgezogen werden? Verstößt die Regelung des § 10 Abs. 2 Nr. 1 EStG gegen die folgerichtige Umsetzung des Alterseinkünftegesetzes, wenn der Kläger die Aufwendungen weder im Tätigkeitsstaat (als beschränkt Steuerpflichtiger) noch im Inland (als unbeschränkt Steuerpflichtiger) als Vorsorgeaufwendungen steuerlich geltend machen kann?

#### **6. Bauabzugssteuer**

##### **Photovoltaikanlagen als Bauwerke (I R 46/17, I R 47/17, I R 67/17):**

Kann es sich bei einer Freiland- oder bei einer Aufdachphotovoltaikanlage um ein Bauwerk i.S.v. § 48 Abs. 1 EStG handeln?

### **KÖRPERSCHAFTSTEUER**

#### **Besteuerung von Streubesitzdividenden (I R 29/17):**

1. Begegnet die Besteuerung von Streubesitzdividenden gem. § 8b Abs. 4 KStG i.d.F. des Gesetzes zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 in der Rechtssache C-284/09 vom 21.03.2013 (BGBl I 2013, 561) Bedenken im Hinblick auf eine nicht folgerichtige Ausgestaltung der in § 8b Abs. 1, Abs. 2 KStG zum Ausdruck kommenden Grundentscheidung des Gesetzgebers, zur Vermeidung von Kumulationseffekten in Beteiligungsstrukturen erwirtschaftete Gewinne nur einmal bei der erwirtschaftenden Körperschaft mit Körperschaftsteuer und erst bei der Ausschüttung an natürliche Personen als Anteilseigner mit Einkommensteuer zu besteuern?
2. Entspricht die Regelung zudem nicht dem Gebot steuerlicher Lastengleichheit im Sinne einer gleich hohen Besteuerung bei gleicher Leistungsfähigkeit?
3. Kann die Regelung allerdings gerechtfertigt und damit verfassungsrechtlich zulässig sein, um nicht über die Anforderungen der Mutter-Tochter-Richtlinie hinauszugehen, nach der erst bei einer Mindestbeteiligung von 10 % eine Befreiung vom Steuerabzug an der Quelle für von einer Tochtergesellschaft an ihre Muttergesellschaft ausgeschüttete Gewinne verlangt wird? Würde zudem eine vollständige Befreiung vom Steuerabzug unabhängig von der Beteiligungsquote die Möglichkeit eines Quellensteuerabzugs entsprechend Art. 10 Abs. 2 OECD-Musterabkommen und entsprechender DBA obsolet machen?
4. Begegnet § 9 Nr. 2a GewStG verfassungsrechtlichen Bedenken?

### **GEWERBESTEUER**

#### **Hinzurechnung bei Reiseveranstaltern (III R 22/16):**

Schließt ein Reiseveranstalter zum Zweck der Organisation von Pauschalreisen mit anderen Leistungsträgern vor Ort Verträge über typische Reiseleistungen (insbesondere Übernachtungen, Beförderungen, Verpflegungen und Aktivitäten) ab, unterliegt dann der in diesen Aufwendungen enthaltene Miet- bzw. Pachtanteil für Hotelzimmer und –kontingente der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung gem. § 8 Nr. 1 Buchst. d und e GewStG? Unter-

liegen Verpflegungs- oder Beförderungsleistungen und Animation als selbständig zu beurteilende Nebenleistungen nicht der Hinzurechnung?

## UMSATZSTEUER

**Zweitmarkt für Kapitallebensversicherungen (V R 57/17):** Ist die Veräußerung zuvor erworbener Kapitallebensversicherungen steuerpflichtig und richtet sich bejahendenfalls die Steuerbemessungsgrundlage nach dem vereinbarten Kaufpreis?

**Bürodienstleistungen einer GbR an Ihre Gesellschafter (XI R 14/17):** Sind Bürodienstleistungen, die eine auch nach außen auftretende GbR an ihre als selbständige Berufsbetreuer tätigen Gesellschafter erbringt, nach Art. 132 Abs. 1 Buchst. f. MwStSystRL umsatzsteuerfrei, oder führt die Steuerbefreiung dieser Umsätze zu einer Wettbewerbsverzerrung?

## ERBSCHAFT-/SCHENKUNGSTEUER

**Pflichtteilsanspruch als Nachlassverbindlichkeit (II R 1/16 und II R 17/16):**

Führt die Geltendmachung eines verjährten Pflichtteilsanspruchs durch den Pflichtteilsberechtigten gegenüber sich selbst zu einer vom Erwerb des Erben abzugsfähigen Nachlassverbindlichkeit?

**Familienheim – Übertragung unter Nießbrauchsvorbehalt (II R 38/16):**

Entfällt die Steuerbefreiung für ein Familienheim, wenn die Erbin dieses innerhalb von zehn Jahren unter Nießbrauchsvorbehalt auf Ihre Tochter überträgt, aber weiterhin zu eigenen Wohnzwecken nutzt? Ist die unentgeltliche Weitergabe an die Tochter unschädlich, weil diese ihrerseits begünstigt i.S.d. § 13 Abs. 1 Nr. 4c ErbStG hätte erwerben können (Übertragungskette)?

**Prozesskosten als Nachlassverbindlichkeit (II R 29/16 und II R 6/17):**

Mindern die vergeblichen Rechtsverfolgungskosten zur Erlangung des Nachlasses nach § 10 Abs. 5 Nr. 3 ErbStG den Wert des Erwerbs, oder steht § 10 Abs. 6 Satz 1 ErbStG dem entgegen?

**Familienstiftung (II R 32/17):**

Ist für die Bestimmung des Freibetrags und der Steuerklasse bei Übergang von Vermögen auf eine Familienstiftung auch eine im Stiftungsgeschäft als Begünstigte erfasste, aber noch nicht lebende Enkelgeneration zu berücksichtigen?

## ABGABENORDNUNG

**Teilnahme eines Gemeindebediensteten an einer Außenprüfung (III R 9/18):**

1. Ist § 21 Abs. 3 FVG eine taugliche Ermächtigungsgrundlage für die Teilnahme eines Gemeindebediensteten an einer beim Steuerpflichtigen durch das Finanzamt durchgeführten Außenprüfung?
2. Ergibt sich die sachliche Zuständigkeit des Finanzamts für die Anordnung dieser Teilnahme aus der analogen Anwendung der §§ 196, 197 AO?

**Elektronische Abgabe einer Steuererklärung (VIII R 29/17):**

1. Ist bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit i.S.d. § 150 Abs. 8 Satz 1 AO das Gesamteinkommen und das Gesamtvermögen ausschlaggebend oder kommt es allein auf die Höhe der Gewinneinkünfte an?
2. Sind Kleinstbetriebe von der Pflicht, ihre Steuererklärungen nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung zu übermitteln, wegen wirtschaftlicher Unzumutbarkeit i.S.d. § 150 Abs. 8 Satz 1 AO generell befreit?
3. Ist § 25 Abs. 4 Satz 1 EStG einschränkend dahingehend auszulegen, dass die Verpflichtung zur Abgabe der Einkommensteuererklärung nur bei Betriebseinnahmen von mehr als 17.500 € besteht, da die Verwaltung bei niedrigeren Betriebseinnahmen auf die elektronische Übermittlung der Anlage EÜR verzichtet?

**Rückforderung/Rückzahlung von Altersvorsorgezulagen nach § 37 Abs. 2 AO (X R 35/17):**

Wem ist das Fehlverhalten des Anbieters (fehlerhafte Beantragung der Zulage) zuzurechnen, wenn im Rahmen des Überprüfungsverfahrens festgestellt wird, dass die Voraussetzung der unmittelbaren Zulagenberechtigung nicht erfüllt ist?

### In eigener Sache:

Am **Freitag, den 31.05.2018** ist unsere Kanzlei geschlossen.

Ihre Steuerberater

### Steuertermine Mai 2019

10.05. Umsatzsteuer für Monatszahler

- 10.05. Lohn- und Kirchensteuer der Arbeitnehmer für Monatszahler
- 10.05. Umsatzsteuer für Quartalszahler mit Fristverlängerung
- 15.05. Gewerbesteuer